

# Chammer Zeitung

Further Chronik / Waldmünchner Nachrichten / Rodinger Kurier

Nummer 160

Kamillus v. Lellis, Roland – Samstag, 14. Juli 2018 – Karolina Utraienen

1,70 € / B 8391 A

## LOKALES

Gelobte Suchtprävention:  
Drei Schulen sahen  
Geldpreise ab **22**

## REGIONALES

Noro-Virus-Erkrankungen  
stoppen Kreuzfahrtschiff  
bei Passau **13**

## DIE SEITE DREI

Demografischer Wandel:  
Wieder weniger Geburten  
und mehr Sterbefälle

## WIRTSCHAFT

Angst vor Strafzöllen  
treibt Handel zwischen  
USA und China an **7**

## SPORT

Exklusiv-Interview mit  
Gernot Rohr zum Finale  
der Fußball-WM **49**

## Rentenpaket der Koalition soll Armut im Alter verhindern

Heil stellt Gesetzentwurf vor – Mütterrente und Hilfen für benachteiligte Gruppen kosten 30 Milliarden Euro

Berlin. (bju/dpa) Mehr Rente für Mütter und krankheitsbedingte Frührentner sowie eine Entlastung für Geringverdiener – Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) hat das Rentenpaket der Bundesregierung vorgestellt. „Nach einem Leben voller Arbeit soll man im Alter ordentlich abgesichert sein“, sagte Heil. Kosten soll sein Rentenpaket bis zum Jahr 2025 rund 30 Milliarden Euro. Heil schickte sein Rentenpaket in die Abstimmung der Regierung. Die Union signalisierte Zustimmung. Das Gesetz soll ab 1. Januar 2019 gelten.

Viele Menschen fragten sich: „Reicht meine Rente später für ein gutes Leben?“, so Heil. „Mein Ziel ist es, dass wir dieses Kernversprechen des Sozialstaats jetzt erneuern.“ Die gesetzliche Rente müsse die zentrale Säule der Alterssicherung bleiben. Diese Verlässlichkeit sei auch wichtig als Reaktion auf „politische Scharlatane“, sagte Heil mit Blick auf die AfD, die derzeit um ein Rentenkonzept ringt.

Teuerster Posten ist die verbesserte Mütterrente, die allein rund 26 Milliarden Euro kostet. Wer künftig wegen Krankheit in Frührente gehen muss, soll so gestellt werden, als hätte er bis zum normalen Rentenalter gearbeitet. Mit dem Prinzip der sogenannten „doppelten Haltelinie“ will Heil garantieren, dass das Rentenniveau bis 2025 nicht unter 48 Prozent eines Durchschnittslohns sinkt, während der Beitragsatz nicht über 20 Prozent des Einkommens steigt. Droht die Halteli-

nie überschritten zu werden, soll der Steuerzahler einspringen. Dazu sollen bis 2025 acht Milliarden Euro in einen Demografiefonds fließen.

Für die Union signalisierte Sozialexperte Peter Weiß (CDU) generelle Zustimmung zu dem Gesetzesentwurf. Mit dem Rentenpaket würden „wichtige Punkte aus dem Koalitionsvertrag auf den Weg gebracht“. Auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) begrüßte das Konzept. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach sagte, der automatische Renten-Sinkflug werde damit gestoppt.

Kritik kommt dagegen von Arbeitgeberverbänden, aus der FDP und von Rentenexperten. So sagte der Freiburger Sozialwissenschaftler Stefan Seuffert, der Mitglied der „Rentenkommission der jungen Generation“ ist, unserer Zeitung: „Die Bundesregierung macht es sich leicht, wenn sie nach dem Gießkannenprinzip konsensfähige Geschenke verteilt.“ Es sei nichts gegen mehr Geld für die Alterssicherung einzuwenden. Weil aber die junge Generation „die Zeche bezahlen wird“, müsse diese für ihre Interessen eintreten, forderte Seuffert.

Auch der Rentenexperte Johannes Geyer vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin kritisierte gegenüber unserer Zeitung das Rentenpaket: „Es löst keine der großen Fragen des demografischen Wandels.“ Die doppelte Haltelinie nennt Geyer eine „Wette auf die Zukunft“, die bei schwacher Konjunktur den Steuerzahler teuer zu stehen komme. ▶ Seite 5



TRUMP BELASTET DIE BESONDEREN BEZIEHUNGEN MIT GROSSBRITANNIEN SCHWER: Das einstige Mutterland ist not amused: Donald Trump mischt sich einseitig in die hitzige Brexit-Debatte ein und düpiert die ohnehin angeschlagene Premierministerin. Versuche, den Graben im „besonderen Verhältnis“ beider Länder zu kaschieren, erscheinen halbherzig. Foto: dpa

▶ Seite 4

## Die Frau, die das Augenlicht bringt

Dr. Magda Rau rettet in Asien Arme vorm Erblinden und wird geehrt

Furth im Wald. (tl) Für Dr. Magda Rau waren es alltägliche medizinische Eingriffe. Für die 20 Menschen, die sie in der kambodschanischen Hauptstadt Phnom Penh behandelt hat, dagegen Minuten, die ihnen ihr Augenlicht zurückgaben. Die Further Fachärztin, die in Cham eine Klinik für refraktive und plastische Chirurgie gehört, half in einem der ärmsten Länder, Kranke vom grauen oder grünen Star zu heilen.

Die Armut, aber auch die Dankbarkeit, die sie dort erlebt hat, haben bei ihr einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen, erzählt sie. Wenig Augenärzte und schlechte medizinische Versorgung hätten in Kambodscha zur Folge, dass jährlich Tausende an den Folgen des grauen oder grünen Stars erblinden.

Dr. Rau operierte nicht nur in Asien Arme, sie bildete auch in Indien Ärzte fort, und zwar in der Cyprus-Micro-Stent-Behandlungsmethode, bei der sie zu den Pionieren



Dr. Magda Rau nach ihrer Ehrung in Mumbai/Indien. Neben ihr Beatrice Cochner, Präsidentin der European Society of Cataract and Refractive Surgeons.

zählt. Darunter versteht man eine Behandlung des grünen Stars in Form eines kleinen, unscheinbaren Plastikröhrchens, das in das Auge durch einen ganz kleinen Schnitt

eingebracht wird, um den erhöhten Augendruck dauerhaft zu senken. Für ihre Arbeit wurde sie in Indien mit der „Meritorious Services Gold Medal in Ophthalmology“ geehrt.

## WETTER

Heute



27 | 12

Morgen



28 | 16

Ausführliches Wetter ▶ Seite 14

Rätsel ▶ Seite 12

Kindernachrichten ▶ Seite 78

TV-Programm ▶ im Magazin

Internet: www.idowa.de

Anzeigenservice • 09971/8544 0

6 10 2 8

4 190652 701700

Vertriebsservice • 09421/940 6400

## Mehr Polizisten in Bayern angegriffen

Jahresbilanz: Beleidigungen, Körperverletzungen und 14 versuchte Tötungen

Regensburg/Nürnberg. (ks) Seit Jahren wachsen Aggression und Gewaltbereitschaft gegenüber Polizisten. Auch das vergangene Jahr hat da keine Ausnahme gemacht: In Bayern wurden mehr als 16500 Beamte körperlich oder verbal angegriffen – 80 Betroffene mehr als 2016, wie Innenminister Joachim Herrmann (CSU) am Freitag sagte. In Ostbayern waren besonders brutale Fälle zu verzeichnen.

„Erschreckend ist, dass im vergangenen Jahr 14 versuchte Tötungsdelikte erfasst wurden“, sagte Herrmann. Ihm bereite die Entwicklung große Sorgen. „Ein solches Ausmaß an Hass und Gewalt gegen unsere Einsatzkräfte ist abso-

lut inakzeptabel.“ Im Januar 2018 seien etwa in Regensburg, Amberg und Schwandorf an nur einem Wochenende „etliche Polizeibeamte brutal angegriffen und verletzt worden“, sagte Herrmann. Zwei mussten ins Krankenhaus.

Der Regensburger Polizist Ferdinand Prösl berichtete von einem Angriff im August 2017: Ein Dieb habe sich gegen seine Festnahme gewehrt, auf Prösl und dessen Kollegen eingeschlagen. „Dann hat er mit den Füßen auf uns eingetreten. Mich traf er im Gesicht“, er-

zählte der 32-Jährige. Er habe Prellungen im Gesicht und am Handgelenk davongetragen sowie Rückenprobleme. Insgesamt gab es 2017 in der Oberpfalz 607 Angriffe auf Polizisten. Die Fallzahl pro 100000 Einwohner stieg hier von 48 auf 55. In Niederbayern ging sie bei rund 600 Fällen von 52 auf 49 zurück. Der Bayernschnitt liegt bei 57.

Mehr als drei Viertel der etwa 6100 registrierten Verdächtigen waren schon zuvor polizeibekannt. Mehr als zwei Drittel hatten vor der Tat Alkohol oder Drogen konsumiert. Knapp 4400 waren Deutsche.



Archivfoto: dpa

Innenminister Herrmann ist besorgt.

## Ex-Leibwächter von Bin Laden soll zurück

Berlin/Düsseldorf. (dpa) Die Abschiebung des Ex-Leibwächters von Al-Kaida-Anführer Osama bin Laden nach Tunesien soll nach einer Gerichtsentscheidung rückgängig gemacht werden. Das Flüchtlingsministerium Nordrhein-Westfalens kündigte daraufhin an, dass es zusammen mit der Ausländerbehörde der Stadt Bochum Beschwerde gegen den Verwaltungsgerichtsbeschluss einlegen werde.

Der von den Sicherheitsbehörden als islamistischer Gefährder eingestufte Sami A. war am Freitagmorgen in Begleitung von Bundespolizisten mit einer Chartermaschine von Düsseldorf aus in sein Heimatland geflogen worden. Am Donnerstag hatte das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen entschieden, dass er vorerst nicht abgeschoben werden dürfe. ▶ Seite 5